



Wanderer

Sport in Oberschlesien

Älteste, deutschsprachige Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der 'Wanderer' erscheint werktäglich, mittags. - Bezugspreis für die Woche vom 17.-23. Sept. in Deutsch-Oberschlesien 200 000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 3000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. - Preise freibleibend. - Betriebsstörungen: Verspätungen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. - Anzeigenpreise: Schlüsselfahrt 12000, Grundjahr: Die einseitige 1000 Zeilen in Deutsch-Oberschl. für auswärts, 40 M., für Ortsanzeigen 25 M., Reklame-1000 Zeilen für auswärts u. amtliche Anzeigen 9000 poln. M., für Finanz- u. Geldmittelanzeigen 50 M. In Polnisch-Oberschl. für auswärts u. amtliche Anzeigen 10000 poln. M. und Wort-, Beleg- u. Ortsanzeigen 2500 poln. M. ohne Schlüsselfahrt. Angebot- und Anstufungsvermittlung 100 000 M. und Wort-, Beleg- u. Ortsanzeigen 500 000 M. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Kontur fällt jede Abatbewilligung fort.

Poincarés ausweichende Antwort

Das schlummernde Weltgeoffen

Der Ausgang des griechisch-italienischen Konfliktes ist nach den pomphaften Ankündigungen der griechischen Regierung ein gewisses Maß an Klarheit erlangt. Die griechische Regierung hat sich selbst umgewandelt, da es dem Zweck, seine Pflicht zu tun. Aber der schwebende Zustand und der Zustand Italiens haben zwei Bindungen gezeitigt, die den Entschärfungen sehr unangenehm werden können. Mit einer diplomatischen Geschicklichkeit hat sich Mussolini zwar bereit erklärt, hierzu zu räumen, aber wann er es tut, das will er selbst bestimmen, und in Rom ist ein großes Getöse darüber, daß Mussolini mit Hilfe Englands und Frankreichs zwar Frieden auf die Erde bringt, aber die englische Mittelmeerflotte durch Besetzung der Besetzung des Mittelmeeres beherrscht. Verträge und Verhandlungen sind in der gegenwärtigen europäischen Politik nur dann zu einem Ende zu kommen, wenn sie nicht die Schwächen zu beseitigen. Der Balkan wird durch die Ereignisse, noch so sehr, als die Welt des Westens. Dieser Komplex der Ereignisse ist bisher von der Entente bestritten worden, um das Recht zu brechen. An der Saar, im Rheinland, in der Ruhrfrage, in Danzig in Oberschlesien. Eine diplomatische Mission hat seit Mussolinis Rücktritt und Poincarés Ernennung die meiste Geschichte nicht. Nur der Reichspräsident Doehle, sondern auch andere Parteiführer haben für die Unabhängigkeit an den Balkan ihre Kräfte verbracht. Sie haben sich insofern betrogen, als heute und für absehbarer Zeit dem Doehle, dem nicht das Schwert zur Seite steht, keine Wirkungsmöglichkeit beschieden ist. Die Welt und die Ereignisse in diesem Moment sind, als die deutsche, deren revolutionäre Parteien im Gegensatz zu allen weltgeschichtlichen Begebenheiten die Macht der eigenen Entente gerufen und die auch heute noch der Hoffnung sind, irgendwo und irgendwo werde eine Morgenröte des Friedens und der Gerechtigkeit die Waffen der Gewalt zu zerbrechen. Wir hätten nicht nur aus dem letzten Versuch des Westens durch Italien die Lehre zu ziehen, daß die Kräfte und die Verhandlungen der Welt für sich selbst mit weiteren Verhandlungen verbunden sind, und daß seinem Recht der am besten Befehl befähigt, der sich an ihm mit dem Schwerte bedient, aber für eine Waffe nimmt, wo er sie findet. Die Welt hat die englische Regierung die Verantwortung der Befreiung mit dem Völkerrecht selbst. Das Kabinett Cuno mußte alles anwenden, um die Gegenseite zu zwingen, die Weltfrage zurück zu beantworten. Sie hat aber wieder die Reparationsleistungen eingestellt, nach der Entente erklärt, Deutschland sei nicht mehr an den Friedensvertrag gebunden. So haben wir einen Fehler begangen, der aus Unrecht Recht macht. Alles was der Deutsche erduldet, alle Schmach, alle Schande, alle Wunden, Wunden und Wunden gegen die Entente, für alles das hat das Weltgeoffen und der Völkerbund ein Aufsehen und die deutschen Politiker haben dafür entsprechende Worte gefunden. Wissen Sie, daß unsere jetzige Politik ihnen im deutschen Worte den Rest des Vertrauens entzogen hat? Wissen Sie, wie wichtig die Versicherung und mit welchem Mißtrauen das immer wieder mit wohlgerundeten Worten abgegebene deutsche Wort heute nicht nur auf den Völkerbund und auf das Ausland, sondern auch auf die deutsche Politik schaut? Es kann lange dauern, bis dieses Gefühl wirksam wird, aber es ist da. Heute liegt es unter dem Druck der Hoffnungslosigkeit, morgen kann der Druck Verzweiflung als furchtbare Gegenkraft ausstrahlen. Und dann helfen keine Parlamentarier und keine Parteiführer, und keine internationalen Ansichten mehr gegen das unerbittliche Schicksal, das sich zum Ort entwickelt. Unten und oben sind nur ein Schritt gewesen des langen Weges, auf dem der Imperialismus der Entente Recht und Gerechtigkeit nicht mehr hat. Deutschland ist dabei wie von Straßendübeln bedeckt worden und scheint auf dem Wege liegen zu bleiben. Wenn es Recht in der Welt überhand gibt, so gibt es nicht für Deutschland. Wer es mag deutsche Regierungen geben, die auf den Anspruch verzichten. Das deutsche Volk wird einmal die Folgerungen ziehen und sich selbst die Rechte nehmen. Es ist heute hellsehender, als manche Regierende glauben.

Wenig Aussicht auf Verständigung

Paris, 17. Sept. Poincaré hielt gestern bei der Einsetzung eines Kriegesdenkmals in Dun (Belgien) eine Ansprache, die eine große Klage darstellte, wie schlecht es Frankreich im Kriege ergangen. Poincaré betont, daß es Frankreich verbrüht sei, daß Deutschland die im Kriege entstandenen Schäden gut mache. Es gäbe keine Sicherheiten mehr in den Beziehungen der Völker untereinander, wenn abgeschlossene Verträge verweigert werden könnten. Weder neutralen Ausschüssen noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Treuhänderkommission und auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Wirkung bereits groß ist, aber hier nicht beibringt wird, hat der Versailler Vertrag die Aufgabe übertragen, die Schuld zu beurteilen und die Bestimmungen festzusetzen, unter denen diese Schuld bezahlt werden soll. Es ist vielmehr die Aufgabe einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt und deren Vollmacht Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, diese Kommission ihrer kommissarischen Macht zu entziehen, so besteht das zweifelhafte, weil nur die Kommissarische Kommission nicht für sehr geeignet hält, aber diese neuen Angelegenheiten werden den und gegenüber eingegangenen Verpflichtungen widersprechen, und das genügt schon, daß wir von ihnen nichts wissen wollen. Wir hätten Pfänder in unseren Händen, wir werden sie behalten, bis uns Genugtuung geworden ist. Paris, 16. Sept. Poincaré hat dann noch gestern in Brüssel für Zwecke des Völkerbundes einer längeren politischen Rede eröffnet, in deren Verlauf der französische Ministerpräsident gleich auf das Sicherungsproblem zu sprechen gekommen ist. Heute haben wir nach dem Kriege nur den einen Wunsch, möglichst die Wiederholung des Krieges für immer zu verhindern. Wenn es Deutschland gestattet würde, seine Rüstung wieder herzustellen und seine militärischen Streitkräfte zu reorganisieren, so würde es nicht verfehlen, eines Tages das Instrument, das es sich geschaffen hat, zu benutzen. Wir müssen daher den Vertrag unserer Wiedervergütigung fordern und auch auf die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit achten. Weder in der ersten, noch in der anderen Beziehung wollen wir den Sperling, den wir in der Hand haben, gegen die Taube auf dem Dache fortgeben. Deutschland stärkt und fest Worte zu, von denen es sich zu erwarten. Einige seiner Redigierten und Politiker haben eine alte Idee mit der Vorstellung wieder aufgegriffen, daß wie sie annehmen werden. Warum, so sagen sie, sollen die Amerikaner sich nicht mit einem anderen zusammen tun und unter sich, für irgend eine bestimmte Zeit, den Status quo ante ihrer Länder verwalten. Die Urheber dieser erfindlichen Kombination wollen sich hingulassen, daß unsere verbündeten ver-

Die Freiheit der Presse

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger Berlin (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen), E. V., hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung abzugeben: In der letzten Zeit ist vielfach und immer wieder von verschiedenen Verbänden der Versuch gemacht worden, unter Ausnutzung von Boykott und anderen Maßnahmen bei einer Verweigerung, Zeitungen zur Veröffentlichung von zum Teil unangenehmen Nachrichten und Artikeln im einseitigen Interesse der betreffenden Verbände zu nötigen. Auf die gleiche Weise wird versucht, die Entscheidungen nach Verhandlungen der Verbände und die freie Presse einzuschränken oder zu verhindern. Deshalb sieht sich die berufene Vertretung der deutschen Zeitungen zu der Erklärung veranlaßt, daß die Presse nicht die Interessen einzelner Berufsgruppen und ihrer Organisationen zu vertreten hat, vielmehr verpflichtet ist, Fragen, die bestmögliche und Befriedigung, und Staatsfragen über irgend welche wirtschaftlichen oder politischen Fragen und Reformen nach Maßgabe der Interessen des ganzen Volkes in voller Freiheit zu besprechen. Ueber die Maßnahmen irgend welcher Organisationen müssen allein die zuständigen und verantwortlichen Leiter der Zeitungen entscheiden, die sich die Freiheit und die Grenze der Kritik lediglich durch ihre publizistische Pflicht und die gegebenen Gesetze bestimmen lassen. Sie würden ihre Pflichten glücklich verteidigen, wenn sie sich durch Einwirkungsversuche, wie die hier geschilderten, irgendwie beeinträchtigen ließen.

Wieder Ruhe in Spanien

Genf, 16. Sept. Wie das Pariser Journal aus Madrid meldet, haben die spanischen Gewerkschaften die Unterstützung der neuen diktatorischen Regierung beschlossen, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: Einstellung der militärischen Eingriffe für Marokko und Maßnahmen gegen die Verteuerung der diesjährigen Ernte. Generalkapitän de Ribera hat die Gewerkschaftsvertreter für Sonntag zu einer Besprechung in das königliche Palais geladen. Genf, 16. Sept. Sabas meldet aus Madrid Sonntag früh: Die Ruhe im Lande beginnt zurückzuführen. Mehrere hervorragende Mitglieder des alten Kabinetts sind in Unterredung gezogen worden. Generalkapitän de Ribera hat von Balon des königlichen Palais, daß er seiner bisherigen Politik treu bleiben wolle, daß er seine bisherigen politischen Überzeugungen, sondern nur zur Sicherung des politischen Einflusses geführt werden dürfe.

Der Handel mit Devisen

Berlin, 17. September. Amtlich wird mitgeteilt: Dem Kommissar für Devisenregulierung ist bekannt geworden, daß Angehörige von Banken im Einverständnis ihrer Bankleitung oder mit deren Wissen ausländische Zahlungsmittel erwerben, die sie einem verkaufenden Kunden abnehmen, ohne daß die Bank selbst von der Kaufleistung Gebrauch macht. Bei dem Erwerb dieser ausländischen Zahlungsmittel werden die Vorschriften der Devisen-Gesetzgebung außer acht gelassen. Sollten solche Verhältnisse festgestellt werden, so haben Käufer und Verkäufer Strafunterstützung zu erwarten. Außerdem wird der Devisen-Kommissar in diesen Fällen von dem ihm zustehenden Recht der Entziehung der Devisen-Geldbescheinigung gegenüber den betreffenden Banken Gebrauch machen.

Heutige Vorbörse

Table with 2 columns: City and Exchange Rate. Includes Amsterdam (52 500 000), London (580-650 000 000), New York (130-135 000 000), Paris (7 600 000), Belgien (6 450 000), Schweiz (24 000 000), Italien (5 800 000), Christiania (21 000 000), Kopenhagen (24 000 000), Stockholm (35 000 000), Wien (100 000), Spanien (18 000 000), Polen (50 000), Warschau (45 000), Prag (2 500 000). London: 12.

Belgien zu Jugoslawien bereit

Genf, 16. Sept. Wie das 'Journal de Debats' aus Brüssel meldet, haben die letzten Besuche des belgischen Gesandten im Berliner Auswärtigen Amt der Lösung der Reparationsfrage nachdrücklich Belgien sei an Jugoslawien bereit, nachdem Berlin den Wunsch nach einer Verständigung ausgedrückt habe. Der belgische Ministerpräsident reist Mittwoch nach Paris.

Die kommunistische Welle

Berlin, 17. Sept. (Via Bericht.) Entgegen dem Verbot der Reichsregierung haben Arbeiter in den Fabriken Wahlen zur Bildung von Arbeiterräten stattgefunden. In fast allen Großbetrieben siegen die kommunistischen Listen. Auch aus Hamburg, Hannover und Magdeburg werden Arbeiterwahlen gemeldet.

Was Poincaré unterließ

Paris, 17. September. Die großen Morgenblätter unterzeichnen im allgemeinen die Ausführungen des Ministerpräsidenten Poincarés. Nur die links- und rechtsgerichteten Organe sind mit seinen Ausführungen nicht einverstanden. Doure erklärt, daß die Ausführungen des Reichskanzlers Stresemanns teilweise unklar gehalten seien. Wir müssen Poincaré den Vorwurf machen, laßt das Blatt, daß er Deutschland nicht zum zahlen gebracht hat. Auch das Echo national nimmt gegen Poincaré Stellung, weil er es unterlassen habe, sich klar und deutlich über die Garantien Deutschlands auszusprechen.

Eine neue Markführung?

Berlin, 16. September. An der Freiburger Börse wurde bekannt, daß fünf englische Bankiers seit Mittwoch in Berlin weilten, wo sie Verhandlungen mit Regierungsvertretern und der Reichsbank führten. Die Gerüchte von einer neuen durchzuführenden Markführung erhalten sich. Auch hat Finanzminister Dillenburg beim britischen Gesandten in Berlin die Erneuerung der Mark als wichtigstes Gebot der Stunde bezeichnet.

Genf, 16. Sept. Das Echo meldet: Der Minister hat die Militärbehörden des besetzten Gebietes am 13. September angewiesen, Todesstrafen wegen Straßvergehen gegen die Befehle der Besatzungsarmee generell nicht mehr zu vollziehen.